

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)

Geschäftsführung
Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-94313

Fax: (0221) 221-94342

E-Mail: Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de

Datum: 05.02.2018

Niederschrift

über die **29. Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 29.01.2018, 17:00 Uhr bis 20:45 Uhr, Bezirksrathaus Ehrenfeld, Raum 116

Anwesend:

Bezirksbürgermeister

Herr Bezirksbürgermeister Josef Wirges SPD

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Petra Bossinger	SPD
Frau Katrin Bucher	SPD
Herr Robert Hamacher	SPD
Herr Udo Hanselmann	SPD
Herr Walter Leitzen	SPD
Herr Frank Jablonski	GRÜNE
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Frau Julia Lottmann	GRÜNE
Frau Christiane Martin	GRÜNE
Frau Jennifer Mense	GRÜNE
Herr Martin Berg	CDU
Herr Dr. Michael Fischer	CDU
Frau Jutta Kaiser	CDU
Herr Christoph Besser	DIE LINKE
Herr Berndt Petri	DIE LINKE
Frau Marlis Pöttgen	FDP/PIRATEN
Herr Harald Schuster	DEINE FREUNDE

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Kurt Geuer
Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Verwaltung

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker	
Frau Scheunemann	Bürgeramt Ehrenfeld
Herr Schmitz	Bürgeramt Ehrenfeld
Frau Gies	Büro der Oberbürgermeisterin
Herr Heimbach	Amt für Liegenschaften und Kataster
Frau Jürgens	Amt für Liegenschaften und Kataster
Frau Weinmeister	Amt für Liegenschaften und Kataster

Herr Hartwig
Frau Schütz

Amt für Umwelt und Verbraucherschutz
Amt für Straßen und Verkehrstechnik

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Diana Lantzen FDP/PIRATEN

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Kron	SPD
Herr Andreas Pöttgen	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Herr Tobias Scholz	Gute Wählergruppe Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	Gute Wählergruppe Köln

Bezirksbürgermeister Wirges eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er teilt mit, dass Bezirksvertreterin Lantzen (FDP/Piraten-Fraktion) entschuldigt fehlt.

Bezirksvertreter Hamacher (SPD-Fraktion), Bezirksvertreter Jablonski (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) werden als Stimmzähler benannt.

Die Tagesordnung soll gemäß der Nachtragstagesordnung erweitert werden.

Die Tagesordnungspunkte 10.1, 10.5 und 12.3 sollen vorgezogen behandelt werden.

Die Tagesordnungspunkte 10.3 und 10.4 werden bis zur Sitzung am 19.03.2018 zurückgestellt. Vor Beschlussfassung sollen jeweils Ortstermine durchgeführt werden.

Die Anfrage TOP 7.5 wird mündlich in der Sitzung beantwortet und im verabredeten Verfahren im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Der Top 15.1 - Beantwortung der Anfrage der Linken (TOP 7.1), soll im öffentlichen Teil unter TOP 7.1.1 behandelt werden, da hier nach Ansicht der Bezirksvertretung keine schutzwürdigen Interessen Dritter berührt sind.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der ergänzten und geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Begrüßung von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker und gemeinsamer Austausch

1 Aktuelle Stunde

2 Einwohnerfragestunde

2.1 Einwohneranfrage gem. § 39 GeschO, Spielplatz Wißmannstraße

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß §§ 24, 25 und 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Parksituation, verschmutzte Gehwege Fridolinstraße in Neu-Ehrenfeld (Az.: 02-1600-75/17)
2881/2017
(übernommen aus der Sitzung am 04.12.2017)

4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates

5 Annahme von Schenkungen

6 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

6.1 Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Rheinische Musikschule, Regionalschule Ehrenfeld
AN/1698/2017
(Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im nichtöffentlichen Teil unter TOP 14.1)

7 neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

7.1 Leerstand in Zeiten der Wohnungsnot
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld)
AN/0008/2018
(Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im nichtöffentlichen Teil unter TOP 15.1)

7.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke (TOP 7.1), betr.: Leerstand in Zeiten der Wohnungsnot
0319/2018

7.2 Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Anbindung Schule Wasseramselweg
AN/0056/2018

7.2.1 Anbindung der Schule Wasseramselweg
hier: Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 29.01.2018, TOP 7.2
0293/2018

7.3 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Förderbedarf Heliosschule
AN/0066/2018

7.3.1 Förderbedarf Heliosschule, AN/0066/2018
0226/2018

- 7.4 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Anfahrt von Behindertenfahrzeugen an der künftigen Heliosschule in Ehrenfeld
AN/0067/2018
- 7.4.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Anfahrt von Behindertenfahrzeugen an der künftigen Heliosschule in Ehrenfeld
0259/2018
- 7.5 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Kita Kappelshof
AN/0068/2018
- 8 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)**
- 8.1 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Neuer Fußgängerüberweg Schule Baadenberger Straße
AN/0060/2018
- 8.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Insektenfreundliches Ehrenfeld
AN/0065/2018
- 9 Entscheidungen**
- 9.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung, betr.: Vergabe der bezirklichen Finanzmittel 2017
3896/2017
- 9.2 5-Jahresprogramm der Erschließungsmaßnahmen, Ehrenfeld
3613/2017
- 9.3 Neufassung der Richtlinie für die Vergabe der bezirksorientierten Finanzmittel gem. § 37 GO
0241/2018
- 10 Anhörungen und Stellungnahmen**
- 10.1 Richtlinie für die Benennung von Straßen
2998/2017
(Vorlage wurde per Sammelumdruck vom 30.11.2017 übersandt)
- 10.2 262. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3182/2017
(Vorlage wurde übernommen aus der Sitzung am 04.12.2017)

- 10.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Seeadlerweg in Köln-Ehrenfeld
3701/2017
- 10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Subbelrather Straße 486 - 494 in Köln-Ehrenfeld
3698/2017
- 10.5 Luftreinhaltung - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans
3428/2017
(Vorlage wurde per Sammelumdruck vom 11.01.2018 übersandt)
- 10.5.1 Verwiesener Änderungsantrag aus dem Gesundheitsausschuss zu TOP 10.5.1. Luftreinhalteplan - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans, DS 3428/2017
AN/0069/2018
- 10.5.2 Wirksame Maßnahmen zur Luftreinhaltung unverzüglich umsetzen! - Änderungsantrag zu TOP 10.5 „Luftreinhaltung - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans“
(Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld)
AN/0157/2018
- 10.6 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur kurzfristigen Schaffung dringend notwendiger, zusätzlicher Schülerplätze
3518/2017
- 11 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 12 Mitteilungen der Verwaltung**
- 12.1 Zielbild 2020 - Maßnahmen zur Stärkung des städtischen Ordnungsdienstes
2763/2017
(Vorlage wurde per Sammelumdruck vom 29.11.2017 übersandt.)
- 12.2 Flughafen Köln/Bonn - Generalsanierung der großen Start-/Landebahn (14L/32R)
3709/2017
- 12.3 Bebauung eines Grundstückes am Ossendorfer Weg in Köln-Bickendorf
3655/2017
- 12.4 Integriertes Stadtentwicklungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsveranstaltung für den Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf
3823/2017
- 12.5 Bürgerhaushalt 2016 - weiteres Vorgehen bei der Umsetzung der Vorschläge
3745/2017

- 12.6 Venloer Straße autofrei
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 10.07.2017, TOP 7.3
3625/2017
- 12.7 Nachfrage zu Vorlage Nr. 2590/2017
Wohnbauvorhaben in Verbindung mit § 34 BauGB in den Stadtbezirken 1 - 9
3798/2017
- 12.8 Hundefreilaufflächen in Vogelsang
An/1672/2017 - Beschluss in der Sitzung am 04.12.2017
3983/2017
- 12.9 Straßen- und Radwegerhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet (Ehrenfeld) ab dem Jahr 2017 ff
hier: Mündliche Anfragen aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 11.09.2017, TOP 9.2
3958/2017
- 12.10 Antrag der Fraktion DIE LINKE. in der Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld) aus der Sitzung am 09.10.2017 betreffend die Aufhebung eines Bebauungsplanes im Inneren Grüngürtel:
"8.4 Planunterlagen den stadtgesehellschaftlichen Erfordernissen anpassen;
AN/1144/2017"
4007/2017
- 12.11 Mitteilung zur Stellungnahme des Ausschusses Umwelt und Grün zu "Punkt 3 - Möglichkeit Wasserspielplatz" und zu "Punkt 9.7 Grünfläche Butzweiler Hof" in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 09.10.2017
0116/2018
- 12.12 Umsetzung der Mindeststandards zu „Standortübergreifende Unterstützung der Ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit“
0179/2018
- 12.13 Einhaltung von Tempo 30 auf dem Goldfasanenweg in Köln-Vogelsang
hier: mündliche Nachfrage von Herrn Klemm in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 04.12.2017, TOP 12.7
0060/2018
- 12.14 Ad hoc-Programm Außengastronomie auf Stellplätzen:
hier: mündliche Nachfrage von Herrn Petri (Fraktion Die Linke) in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 10.07.2017, TOP 12.1
0078/2018
- 12.15 REWE-Markt Venloer Str. 310 - Aktueller Sachstand
0213/2018
- 12.16 Wiedereinführung des G9-Bildungsgangs an Gymnasien - Informationen zum geplanten Schulrechtsänderungsgesetz und zur Umsetzung in Köln
0014/2018

13 mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

14 Anfragen aus vergangenen Sitzungen

14.1 Rheinische Musikschule, Regionalschule Ehrenfeld, Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion unter TOP 6.1
3766/2017

15 Neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

I. Öffentlicher Teil

15.1 Der TOP 15.1 wurde unter TOP 7.1.1 im öffentlichen Teil behandelt

II. Nichtöffentlicher Teil

16 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)

17 Entscheidungen

18 Anhörung und Stellungnahme

19 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

20 Mitteilungen der Verwaltung

21 mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Begrüßung von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker und gemeinsamer Austausch

Herr Bezirksbürgermeister Wirges begrüßt Frau Oberbürgermeisterin Reker recht herzlich zur Sitzung der Bezirksvertretung.

Frau Oberbürgermeisterin Reker bedankt sich für den herzlichen Empfang und betont, dass sie sehr gerne in die Bezirksvertretung Ehrenfeld gekommen sei, da sie den Bezirk seit ihrer Kindheit kenne und ihm daher besonders verbunden sei. Seit dem ersten Treffen mit der Bezirksbürgermeisterin und den Bezirksbürgermeistern im Frühjahr 2016 besuche sie einmal im Quartal eine Bezirksvertretung.

Ein wichtiges Anliegen sei ihr die Stärkung der Bezirke. Hierzu gehöre als ein Baustein der regelmäßige Austausch. Zudem sei die Kommission zur Stärkung der Bezirke gebildet worden, in welcher der Bezirk Ehrenfeld mit Herrn Bezirksbürgermeister Wirges, mit Herrn Klemm als Vertreter der Bezirksfraktionen und der Leiterin des Bürgeramtes Frau Scheunemann sehr gut vertreten sei. Mit der Änderung der Zuständigkeitsordnung sei ein erster wichtiger Schritt umgesetzt worden. Die finanzielle Stärkung der Bezirke sei ein nächster wichtiger Schritt. Wichtig sei auch die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bezirksvertretungen und Verwaltung. Entsprechende Fortbildungsangebote für Verwaltungsmitarbeiter befänden sich in Vorbereitung.

Das Verfahren zum Bürgerhaushalt sehe sie als verbesserungswürdig an. Wichtig sei, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Rückmeldung darüber erhalten, was mit ihren Anregungen geschehe.

Es sei wichtig, die Prozesse der Verwaltung so auszurichten, dass mit Blick auf die Bürgerinnen und Bürger eine bessere und serviceorientiertere Dienstleistung erbracht werde. Vor diesem Hintergrund sei auch die Neustrukturierung im Bereich öffentliche Ordnung zu sehen, welche nicht einer politischen Stärkung der Bezirke widerspreche. Das Bürgeramt bleibe Ansprechpartner für die Politik zu allen wichtigen Themen im Stadtbezirk. Der Stellenwert eines Bezirks könne sich aber nicht daran festmachen, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Leitung eines Bürgeramtes organisatorisch unterstellt seien. Ein gleich guter Service für alle Bezirke könne nur durch eine zentrale Steuerung erreicht werden.

Die Verwaltungsreform habe zum Ziel, die Stadt Köln zu einer professionellen Dienstleisterin zu entwickeln. Für die nächsten 12-18 Monate seien 150 Reformprojekte in 11 Pilotämtern auf den Weg gebracht.

Im Anschluss leitet Herr Bezirksbürgermeister Wirges zu einem gemeinsamen Austausch nach Stärke der Fraktionen über. Folgende Themen werden u.a. angesprochen:

Zugriff auf nichtöffentliche Sitzungsunterlagen anderer Gremien

Die frühere Regelung, wonach die Bezirksvertretungen alle nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen erhielten, war nicht rechtskonform und musste im Rahmen der Einführung von Mandatos geändert werden. Die Mitglieder der Bezirksvertretung werden noch einmal über die Zugriffsmöglichkeiten informiert.

Bahnbögen

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt zu, sich dieses Themas anzunehmen. Gespräche mit dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG haben bisher leider keinen Erfolg gezeigt. Es sei geplant, eine Fotoserie zu erstellen und die Zustände in den Bahnbögen gegenüber der Bahn AG zu dokumentieren. Damit soll Klarheit über den dringenden Handlungsbedarf geschaffen werden. Auf der Grundlage soll zügig ein Erörterungsgespräch auf

Führungsebene geführt werden, in das auch Herr Bezirksbürgermeister Wirges eingebunden werden solle.

Eine weitere Bahnhofskonferenz erscheine derzeit nicht zielführend, da keine Neuigkeiten vorliegen.

Schulbau

Frau Oberbürgermeisterin Reker stellt dar, in den vergangenen Jahren sei deutlich geworden, dass die Stadt den notwendigen Bau von Schulen nicht mit mehr alleine mit dem bisherigen Verfahren der Bauprojektentwicklung bewältigen könne. Neben den steigenden Schülerzahlen seien die Wiedereinführung des Abiturs nach neun Jahren (G 9) an Gymnasien und die Schaffung von Willkommensklassen zusätzliche Faktoren. Beschleunigungsmaßnahmen seien bereits in die Wege geleitet worden. Zur Beschleunigung von Schulneubauten spricht sie sich für eine modulare Bauweise aus.

Zusammenarbeit mit der Verwaltung

Anhand verschiedener Beispiele aus der Mitte der Bezirksvertretung führt Frau Oberbürgermeisterin Reker aus, dass die Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung dringend verbessert werden müsse. Dieser Prozess erfordere aber Zeit. Sie werde die angesprochenen Beispiele verwaltungsintern aufarbeiten.

Barrierefreiheit auf Gehwegen

Die Problematik von nicht barrierefreien Gehwegen sei nachvollziehbar. In Zusammenarbeit mit der Verkehrsdezernentin seien bereits mögliche Lösungen zur Herstellung der Barrierefreiheit erörtert worden. Die Verwaltung werde entsprechende Vorschläge demnächst in die politischen Beratungen einbringen. Hierbei gelte es aber die verschiedenen Interessen aller Einwohnerinnen und Einwohner zu berücksichtigen.

Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitern an Sitzungen der Bezirksvertretung

Frau Oberbürgermeisterin Reker wird verwaltungsintern klären, ob und wie eine Teilnahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachverwaltung auch nach 20.00 Uhr sichergestellt werden kann.

1 Aktuelle Stunde

2 Einwohnerfragestunde

2.1 Einwohneranfrage gem. § 39 GeschO, Spielplatz Wißmannstraße

Gem. § 39 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln möchte ich der Verwaltung im Rahmen der Einwohnerfragestunde am 29.01.2018 folgende Frage stellen:

Welche Maßnahmen ergreift die Verwaltung, um die von den Anwohnern gemeldeten Belästigungen im Bereich der Spielplätze Wißmannstr. und Grimmstr. in den Griff zu bekommen?

Hierzu stelle ich folgende Unterfragen:

1. Welche konkreten Maßnahmen wurden seitens der Verwaltung seit meinem ersten Schreiben vom 20.01.2016 ergriffen, um eine weitere Eskalation der Situation zu verhindern?

Antwort der Verwaltung:

Die Beschwerde über Belästigung durch Jugendliche ist im Gesamtkontext der lange bekannten Problematik der sich im Öffentlichen Raum aufhaltenden bulgarischen oder rumänischen Mitbürgern und ihren Familien zu sehen.

Der Beschwerdeführer ist beim Amt für Kinder Jugend und Familie bekannt. Im Sommer 2017 gingen dort verschiedene ähnlich lautende Email zum Thema „Belästigung durch Jugendliche“ ein. Diese wurden am 13.07.2017 beantwortet. In cc waren Mitglieder der Arbeitsgruppe zur Neugestaltung des Spielplatzes „Grimmstraße/Wissmannstraße“, in der verschiedene Anwohner, wie auch der Beschwerdeführer aktiv sind, aber auch der damals zuständige Streetworker, die Bezirksjugendpflegerin und das Ordnungsamt.

2. Haben die Maßnahmen nach Ansicht der Verwaltung zu einer positiven Veränderung der Situation geführt?

Antwort der Verwaltung:

Die Maßnahmen der Verwaltung haben die Lage zur Zeit beruhigt. Das Ordnungsamt hat im Oktober 2017 einen positiven Ergebnisbericht vorgelegt. Auch die Maßnahmen, wie die verschiedenen Jugendprojekte (Sport / Fußball und Kunst) vor Ort, aufsuchende Arbeit sowie die Intensivierung der Ansprache und Betreuung von Jugendlichen über das Bürgerzentrum Ehrenfeld waren erfolgreich. Hierfür werden kommunale Mittel zur Betreuung von Jugendlichen mit Zuwanderungshintergrund in Höhe von 44.055 Euro (0.5 Stelle) eingesetzt. Die Spielplatzbaumaßnahme auf dem Spielplatz Hanseemannstraße sind weitgehend abgeschlossen, so dass hier bald wieder ein attraktiver Ort der Begegnung aller Kinder aus dem Wohnumfeld zur Verfügung steht.

3. Kann die Verwaltung den Anwohnern einen für diese Thematik zuständigen Ansprechpartner benennen, dessen Erreichbarkeit auch tatsächlich gewährleistet ist (Telefon, Email, Fax)?

Antwort der Verwaltung:

Als Ansprechpartnerin zum Thema „Spielplätze“ steht Frau Susanne Müllers vom Amt für Kinder, Jugend und Familie weiterhin zur Verfügung.

4. Sieht sich die Verwaltung in der Lage, mit den Anwohnern eine Anwohnerversammlung durchführen ? (z.B. um den Anwohner die Gelegenheit zu geben, ihre festgestellten Probleme zu schildern, Lösungen zu erarbeiten, die geplanten Maßnahmen der Verwaltung zu erläutern und um weitere Eskalationen zu verhindern - als Örtlichkeit könnte hier gegebenenfalls die Anmietung / Nutzung der Räumlichkeiten des "Allerweltshaues" in Frage kommen)

Die o.g. Arbeitsgruppe hat sich am 06.06.2017 getroffen. Hier wurden von der Verwaltung die verschiedenen Maßnahmen bezüglich der genannten Problematik persönlich dargestellt.

5. Welche zukünftigen Maßnahmen sind von der Verwaltung in dieser Angelegenheit geplant?

Vgl. Antwort zu 3.

Der Bezirksbürgermeister wird darüber hinaus den Beschwerdeführer zur nächsten Sitzung des Kriminalpräventiven Arbeitskreises im Stadtbezirk Ehrenfeld einladen.

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß §§ 24, 25 und 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Parksituation, verschmutzte Gehwege Fridolinstraße in Neu-Ehrenfeld (Az.: 02-1600-75/17) 2881/2017

Die Petentin begründet ihre Eingabe ausführlich. U.a. stellt sie dar, dass das derzeit praktizierte Schrägparken in der Fridolinstraße teilweise die Nutzung des Gehweges verhindere. Zwar fänden Kontrollen durch das Ordnungsamt statt, dies führe aber nicht zu einer Verbesserung der Situation.

Bezirksbürgermeister weist auf die Ergebnisse des Ortstermins hin. Hiernach haben sich die Teilnehmer dafür ausgesprochen, die bisherige Regelung des Schrägparkens beizubehalten. Die Verwaltung soll die vorhandene Markierung mit einem Abstand von 1,80 m zur Hauswand erneuern. Ausnahmsweise soll in diesem Fall von dem Beschluss der BV 4 zur Barrierefreiheit abgewichen werden. Das Ordnungsamt soll den Bereich verstärkt kontrollieren und nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht vorlegen. Anhand dessen wird die Bezirksvertretung die Situation entsprechend neu bewerten.

Die Stellplatzsituation in der Tiefgarage Subbelrather Str./Ehrenfeldgürtel stellt sich wie folgt dar:

Im besagten Gebäude befindet sich eine Tiefgarage mit 2 Untergeschossen, mit insgesamt 128 Stellplätzen. Diese sind laut Auskunft des Eigentümers vollvermietet.

Bezirksvertreter Schuster (Deine Freunde) hat darum gebeten, die Ergebnisse des Ortstermins neu zu bewerten. Nach Hinweis von Bezirksvertreter Leitzen (SPD-Fraktion) habe die Fahrbahn nur einen Querschnitt von 5,55 m. Die Mindestbreite für Feuerwehrdurchfahrten beträgt seinen Informationen nach mindestens 3,05 m.

Schrägparken mache demnach nur dann Sinn, wenn die Autos so schräg parken, dass die 3,05 m Durchfahrtsfläche gewahrt bleibt. Dann müssten die PKWs allerdings sehr schräg parken (Winkel 125 °), sodass schließlich nicht mehr PKWs Platz finden als beim Längsparken.

Nach kurzer Diskussion wird Bezirksbürgermeister Wirges gebeten, eine Stellungnahme der Berufsfeuerwehr zu der Durchfahrtsituation einzuholen. Anhand dieser soll über die Eingabe entschieden werden.

Beschluss:

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 19.03.2018.

4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates

5 Annahme von Schenkungen

6 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

6.1 Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Rheinische Musikschule, Regionalschule Ehrenfeld AN/1698/2017

Die Antwort der Verwaltung ist unter TOP 14.1 im nichtöffentlichen Teil umgedruckt.

7 neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

7.1 Leerstand in Zeiten der Wohnungsnot (Anfrage der Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld) AN/0008/2018

Die Antwort der Verwaltung ist unter Top 7.1.1 (ehem. TOP 15.1) umgedruckt.

**7.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke (TOP 7.1), betr.: Leerstand in Zeiten der Wohnungsnot
0319/2018**

Kenntnis genommen.

**7.2 Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Anbindung Schule Wasseramselweg
AN/0056/2018**

Die Antwort der Verwaltung ist unter TOP 7.2.1 umgedruckt.

**7.2.1 Anbindung der Schule Wasseramselweg
hier: Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld
am 29.01.2018, TOP 7.2
0293/2018**

Kenntnis genommen.

Bezirksvertreterin Bucher (SPD-Fraktion) merkt an, dass der Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld aus November 2015 zur Anbindung der Schule Wasseramselweg in den genannten Maßnahmen nicht enthalten sei. Sie bittet die Verwaltung um Darstellung der Gründe hierfür. Eine Anfrage aus dem vergangenen Jahr sei derart beantwortet worden, dass die Maßnahmen in das Verfahren eingebettet seien.

**7.3 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Förderbedarf Heliosschule
AN/0066/2018**

Die Antwort der Verwaltung ist unter TOP 7.3.1 umgedruckt.

**7.3.1 Förderbedarf Heliosschule, AN/0066/2018
0226/2018**

Kenntnis genommen.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) merkt an, dass die vorliegenden Zahlen zeigen, dass Eltern, deren Kinder über einen Förderbedarf verfügen, sich weiter für eine Förderschule entscheiden würden. Die ursprüngliche Idee einer inklusiven Schule sei daher gescheitert.

Sie äußert die Sorge, dass Kinder mit Förderbedarf aufgrund der geringen Anzahl an Regelschulen keine ausreichende Förderung erhalten. Dies müsse beobachtet werden.

**7.4 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Anfahrt von Behindertenfahrzeugen an der künftigen Heliosschule in Ehrenfeld
AN/0067/2018**

Die Antwort der Verwaltung ist unter TOP 7.4.1 umgedruckt.

**7.4.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Anfahrt von Behindertenfahrzeugen an der künftigen Heliosschule in Ehrenfeld
0259/2018**

Kenntnis genommen.

**7.5 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Kita Kappelshof
AN/0068/2018**

Die Beantwortung erfolgt durch Frau Scheunemann mündlich in der Sitzung:

Unter dem Aktenzeichen 63/B14/3496/2016 beantragten die FamilyFlow GmbH und die My-Dagis GmbH am 21.07.2016 die teilweise Nutzungsänderung der bestehenden Hofanlage am Kappelsweg 1 in eine Kindertagesstätte mit sechs Raumgruppen, einem Multifunktionsraum sowie Büro- und Personalräumen.

Die Maßnahme wurde stadintern umfassend abgestimmt. An der Abstimmung waren neben der Bauaufsichtsbehörde beteiligt die Berufsfeuerwehr Köln, der Stadtkonservator/Amt für Denkmalschutz /-pflege, das Amt für Kinder, Jugend und Familie, das Umwelt- und Verbraucherschutzamt, das Stadtplanungsamt, das Bauverwaltungsamt, das Amt für Straßen und Verkehrstechnik und die Stadtentwässerungsbetriebe.

Die Baugenehmigung konnte am 04. Mai 2017 erteilt werden. Gegenstand der Baugenehmigung sind unter anderem ein Brandschutzkonzept, ein Schallschutzgutachten, eine erfolgte Artenschutzprüfung sowie eine statische Prüfung. Der Baubeginn erfolgte bereits Mitte 2017.

Der schriftlichen Beantwortung im Ratsinformationssystem wird ein Foto des Lageplans sowie je der beiden Grundrisse beigelegt.

Eine Mitteilung an die Bezirksvertretung ist nach Zuständigkeitsordnung vorgesehen bei Maßnahmen, die nicht im Bereich eines Bebauungsplanes liegen (§ 34 BauGB). Das Vorhaben liegt im Bereich des seit dem 09.01.2008 rechtsverbindlichen und qualifizierten Bebauungsplans mit der Nr. 60499/04. Daher war eine Mitteilung an die BV 4 nach der gültigen Zuständigkeitsordnung nicht angezeigt.

8 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)

**8.1 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Neuer Fußgängerüberweg Schule Baadenberger Straße
AN/0060/2018**

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) begründet den Antrag ihrer Fraktion. Der Antrag erfolgte auf Hinweis der Eltern zur Sicherung des Schulweges. Die Verwaltung habe vorab mitgeteilt, dass in einer Tempo-30-Zone keine Fußgängerüberwege angeordnet würden. Gerade vor Schulen sei diese Argumentation nicht nachvollziehbar.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung, auf der Hadersleber Straße - auf Höhe des Seiteneingangs der Grundschule Baadenberger Straße - einen Fußgängerüberweg einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Insektenfreundliches Ehrenfeld
AN/0065/2018**

Bezirksvertreter Jablonski (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag seiner Fraktion. Um schnellstmöglich über weitere Maßnahmen zum Schutze von Insekten entscheiden zu können, sei zumindest eine teilweise Vorlage der Übersicht von städtischen Grünflächen zur nächsten Sitzung wichtig. Diese Übersicht könnte dann im Laufe der Zeit erweitert werden.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion). Bezirksvertreter Berg (CDU-Fraktion) und Bezirksvertreter Schuster (Deine Freunde) sprechen sich für den Antrag aus.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP/Piraten-Fraktion) spricht sich ebenfalls für den Antrag aus, sieht aber eine Vorlage der Übersicht bis zur nächsten Sitzung als zu kurzfristig an.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beauftragt die Verwaltung zur nächsten Bezirksvertretungssitzung eine Übersicht aller städtischen Grün- und Brachflächen im Bezirk zu erstellen. Diese Übersicht soll auch Straßenbegleitgrün beinhalten. Nach Vorlage der Übersicht entscheiden die Bezirksvertreter*innen, welche Flächen mit insektenfreundlichen Blühpflanzen bepflanzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Entscheidungen

**9.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung, betr.: Vergabe der bezirklichen Finanzmittel 2017
3896/2017**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung entscheidet über die Vergabe der bezirklichen Finanzmittel 2017 wie folgt:

81	2017	SBSV 4 e.V.	Sportlerehrung 2018	1.500,00
82	2017	bühne der Kulturen	"BEDREDDIN"	3.300,00

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.2 5-Jahresprogramm der Erschließungsmaßnahmen, Ehrenfeld
3613/2017**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stellt den Bedarf für die Erschließungsmaßnahmen mit bezirklicher Bedeutung für die Jahre 2018 ff. entsprechend der Anlage fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung dieser Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.3 Neufassung der Richtlinie für die Vergabe der bezirksorientierten Finanzmittel
gem. § 37 GO
0241/2018**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt die vorgeschlagene Neufassung der Richtlinie für die Vergabe der bezirksorientierten Finanzmittel gemäß § 37 GO.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Anhörungen und Stellungnahmen

**10.1 Richtlinie für die Benennung von Straßen
2998/2017**

Frau Weinmeister, Amt für Liegenschaften und Kataster, erläutert die Änderungen in der Neufassung der Richtlinie für die Benennung von Straßen. Die Richtlinie wurde konkretisiert und gestrafft. Wesentliche Änderungen habe es bei der Benennung nach Firmennamen und Personen gegeben. Die Veränderungen bei den Straßennamen sollen zukünftig im Amtsblatt der Stadt Köln öffentlich bekannt gemacht und zur Information auf der Homepage der Stadt Köln veröffentlicht werden.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) spricht sich für die Beschlussvorlage aus. Insbesondere sei der erkannte Nachholbedarf bei der Benennung nach Frauen zu begrüßen. Der Stadtbezirk Ehrenfeld sei derjenige Stadtbezirk in welchem mit 12 Straßen die meisten Benennungen nach Frauen erfolgt seien. Die Regelungen zur Benennung nach Firmen seien ebenfalls zu begrüßen. Die weggefallene Bürgerbeteiligung bei der Umbenennung von Straßen sehe sie unkritisch. Im Stadtbezirk Ehrenfeld gebe es bereits im Zusammenhang mit der Diskussion zu Kolonialnamen hinreichend Erfahrungen zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass es zwar Erfahrungen mit Umbenennungen gebe, dass Thema aber noch nicht abgeschlossen sei. Daher sei die grundsätzliche Möglichkeit der Umbenennung zu begrüßen. Sie sieht die Beschränkung der Straßenschilder auf 25 Zeichen inklusive Zusätzen als schwierig an. Es gebe durchaus längere Namen, die somit ausscheiden würden. Sie regt eine entsprechende Umformulierung des Beschlusstextes in eine Sollvorschrift an. Dies lasse die Möglichkeit längerer Namen zu.

Frau Weinmeister verweist auf Abstimmungen mit den entsprechenden Fachabteilungen im Amt für Straßen und Verkehrstechnik.

Bezirksvertreter Besser (Fraktion Die Linke) führt aus, dass einige Regelungen der Richtlinie von 1999 mit dem Hinweis auf das gängige Verwaltungsfahren zukünftig herausfallen. Er fragt nach, wer den historischen Hintergrund von vorgeschlagenen Personen prüfe.

Frau Weinmeister teilt mit, dass die Prüfung durch das NS-Dokumentationszentrum und das Bundesarchiv erfolge.

Bezirksvertreter Petri (Fraktion Die Linke) regt an, die Ziffer 4.3 der Richtlinie aus 1999 in die neue Richtlinie zu übernehmen.

Aufgrund des Beratungsverlaufs regt Bezirksbürgermeister Wirges folgenden geänderten Beschlusstext an:

„Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt unter Aufhebung seines Beschlusses vom 26.08.1999 (DS-Nr. 0974/099) die in der Anlage 1 dargestellte überarbeitete Richtlinie für die Benennung von Straßen mit folgenden Änderungen:

- **§ 2 Neubenennung**
(...)

(3) Es sind nur leicht verständliche und auszusprechende Namen zu verwenden. Für deren Schreibweise gelten die amtlichen Regeln der deutschen Rechtschreibung zum Zeitpunkt der Beschlussfassung. Ausnahmen sind auf die Verbesserung der Lesbarkeit beschränkt (z.B. Barcelona-Allee).

Die Anzahl der Zeichen **soll** inklusive Leerzeichen auf 25 begrenzt **werden**.

- Die Ziffer 4.3 der Richtlinie von 1999 soll in die neue Richtlinie übernommen werden: 4.3 Besteht das Anliegen, eine Straße umzubenennen, so beauftragt die zuständige Bezirksvertretung das Zentrale Archiv für Straßenneu – und umbenennungen mit der Prüfung des Anliegens und der Vorbereitung eines Beschlussentwurfs.“

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt unter Aufhebung seines Beschlusses vom 26.08.1999 (DS-Nr. 0974/099) die in der Anlage 1 dargestellte überarbeitete Richtlinie für die Benennung von Straßen mit folgenden Änderungen:

- **§ 2 Neubenennung**
(...)

(3) Es sind nur leicht verständliche und auszusprechende Namen zu verwenden. Für deren Schreibweise gelten die amtlichen Regeln der deutschen Rechtschreibung zum Zeitpunkt der Beschlussfassung. Ausnahmen sind auf die Verbesserung der Lesbarkeit beschränkt (z.B. Barcelona-Allee).

Die Anzahl der Zeichen **soll** inklusive Leerzeichen auf 25 begrenzt **werden**.

- Die Ziffer 4.3 der Richtlinie von 1999 soll in die neue Richtlinie übernommen werden: 4.3 Besteht das Anliegen, eine Straße umzubenennen, so beauftragt die zuständige Bezirksvertretung das Zentrale Archiv für Straßenneu – und umbenennungen mit der Prüfung des Anliegens und der Vorbereitung eines Beschlussentwurfs.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der geänderten Beschlussvorlage einstimmig zu.

10.2 262. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3182/2017

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt den Erlass der 262. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

10.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Seeadlerweg in Köln-Ehrenfeld
3701/2017

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 19.03.2018.

Vor Beschlussfassung soll ein Ortstermin durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 19.03.2018

10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Subbelrather Straße 486 - 494 in Köln-Ehrenfeld
3698/2017

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 19.03.2018.

Vor Beschlussfassung soll ein Ortstermin durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 19.03.2018

10.5 Luftreinhaltung - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans
3428/2017

Herr Hartwig (Amt für Umwelt und Verbraucherschutz) führt aus, dass Hintergrund der Beschlussvorlage die anhaltende Überschreitung der Grenzwerte für Stickoxide im Stadtgebiet Köln sei. Dies sei ein Problem von Ballungsräumen in ganz Europa. Des Weiteren gebe es derzeit anhängige Klagen gegen die Überschreitungen seitens der EU sowie der Deutschen Umwelthilfe gegen den Luftreinhalteplan der Bezirksregierung Köln. Herr Beigeordneter Dr. Rau habe im Herbst 2016 einen Runden Tisch einberufen, an welchem Vertreterinnen und Vertreter von Interessenverbänden teilgenommen haben. Hier wurden Maßnahmen zur Abhilfe der Überschreitungen diskutiert. Die Ergebnisse sind in die Beschlussvorlage eingeflossen. Das Bundesverwaltungsgericht werde am 22.02.2018 über die Klage der Deutschen Umwelthilfe entscheiden. Mit einer Begründung ist allerdings nicht vor Ostern 2018 zu rech-

nen. Der Beschlussvorschlag sehe vor, die Maßnahmenliste an die Bezirksregierung weiterzuleiten und in die Fortschreibung des Planes einzusteigen.

Bezirksvertreter Besser (Fraktion Die Linke) begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass der vorgelegte Luftreinhalteplan nicht zu einer Einhaltung der Grenzwerte beitrage. Aufgrund der Vorstellung des Avistu Gutachtens am 01.02.2018 regt er an, die Beschlussvorlage bis zur Sitzung am 19.03.2018 zurückzustellen.

Inklusive der Änderungsanträge TOP 10.5.1 und TOP 10.5.2 zurückgestellt bis zur Sitzung am 19.03.2018

10.5.1 Verwiesener Änderungsantrag aus dem Gesundheitsausschuss zu TOP 10.5.1. Luftreinhalteplan - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans, DS 3428/2017 AN/0069/2018

10.5.2 Wirksame Maßnahmen zur Luftreinhaltung unverzüglich umsetzen! - Änderungsantrag zu TOP 10.5 „Luftreinhaltung - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans“ (Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld) AN/0157/2018

10.6 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur kurzfristigen Schaffung dringend notwendiger, zusätzlicher Schülerplätze 3518/2017

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach ob sichergestellt sei, dass die Container zum Schuljahresbeginn 2018/2019 fertiggestellt seien. Der Zeitplan erscheint ihm verspätet.

Die Verwaltung wird dies schriftliche beantworten.

Bezirksvertreter Petri (Fraktion Die Linke) merkt an, dass an den Schulen im Stadtbezirk Ehrenfeld vorhandene Container ausgetauscht werden sollen. Diese haben eine Laufzeit von 10 Jahren. Somit seien bereits seit 10 Jahren Beschulungen in Containern erfolgt.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) kritisiert das städtische Vorgehen bei Schulbauten. Die seit Jahren vorgelegten Schülerzahlen hätten nie gestimmt.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP/Piraten-Fraktion) schließt sich dieser Kritik an. Die Verwaltung sollte den Schulbau beschleunigen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich Containereinheiten zur Bildung von 21 Klassenräumen, 2 naturwissenschaftlichen Klassenräumen sowie einer Mensa, einer Küche, einem Personalraum sowie 2 Toilettenanlagen im Rahmen einer freihändigen Vergabe zu beschaffen und an 8 Standorten (s. Anlage 1) zur Nutzung als Vorbereitungsklassen, zur Mehrklassenbildung oder als Interim aufzustellen.

Die Finanzierung der Containerbereitstellung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäude-

wirtschaft der Stadt Köln. Zur Refinanzierung ist im städtischen Haushalt eine zusätzliche Miete (Flächenverrechnungspreis) ab 2019 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand zu veranschlagen, die sich für die Containeranlagen inklusive Nebenkosten und Reinigung auf rund 262.000 € p.a. beläuft. Die anteilig für das Jahr 2018 zu entrichtende Miete beträgt für die Containeranlagen inklusive Nebenkosten und Reinigung rd. 87.000 €. Sie ist im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand veranschlagt.

Die Finanzierung der Einrichtungskosten in Höhe von einmalig ca. 968.000 € brutto erfolgt im Haushaltsjahr 2018. Der investive Anteil in Höhe von ca. 617.600 € sowie der konsumtive Anteil in Höhe von 350.400 € werden im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben, aus Mitteln des Förderprogramms Gute Schule 2020 finanziert.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Teil des Grundstückes am Venloer Wall, auf dem die mobilen Unterrichtseinheiten für den schulischen Teilstandort Amaro-Kher errichtet werden, noch vom allgemeinen Liegenschaftsvermögen in das Sondervermögen der Gebäudewirtschaft übertragen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

12 Mitteilungen der Verwaltung

12.1 Zielbild 2020 - Maßnahmen zur Stärkung des städtischen Ordnungsdienstes 2763/2017

Kenntnis genommen.

Die Bezirksvertretung wird ein Fachgespräch mit der Verwaltung zu diesem Thema durchführen.

12.2 Flughafen Köln/Bonn - Generalsanierung der großen Start-/Landebahn (14L/32R) 3709/2017

Kenntnis genommen.

12.3 Bebauung eines Grundstückes am Ossendorfer Weg in Köln-Bickendorf 3655/2017

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) bittet um genauere Informationen zu dem geplanten Bauvorhaben.

Frau Jürgens, Amt für Liegenschaften und Kataster, stellt dar, dass derzeit die Grundlagen die Vermarktung und eine weitere konkrete Entwicklung geschaffen werden. Da künftig auf Teile einer Grünfläche verzichtet werden muss, soll der Bezirksvertretung frühzeitig die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben werden.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) führt aus, dass diese Fläche im Stadtentwicklungskonzept Wohnen enthalten und vorgesehen sei für 30 % geförderten Wohnraum, 30 % Wohnraum für Geflüchtete Menschen und 40 % frei finanzierten Wohnungsbau. Sie fragt nach, ob die Kriterien für die erwähnte Konzeptvergabe fixe Kriterien seien, die auf alle

Grundstücke angewendet werden und ob die Bezirksvertretung Einfluss auf die Kriterien habe.

Frau Jürgens teilt mit, dass sich die Vermarktung im Rahmen einer Konzeptvergabe in der Erprobungsphase befinde. Es gebe keine von vorneherein festgelegten Kriterien. Insgesamt müssen fünf Kriterienbereiche (wohnungspolitische Kriterien; städtebauliche und quartiersbezogene Kriterien; funktionale und architektonische Kriterien; ökologische, energetische und verkehrsbezogene Kriterien sowie der Preis) berücksichtigt werden. Der Kriterienbereich des Preises, fließe aber nur zu 30 % in die spätere Wertung ein. Die Qualität des Konzeptes werde zu 70 % berücksichtigt. Die Kriterien werden für jedes einzelne Grundstück durch die Fachverwaltung in Form einer Matrix entwickelt. Der Liegenschaftsausschuss entscheidet nach Vorlage der Investorenkonzepte und Aufarbeitung durch die Verwaltung anhand dieser Matrix über die Vergabe an einen Investor.

Herr Heimbach, Amt für Liegenschaften und Kataster, ergänzt, dass die Stadt Köln nicht selber bauen werde.

Bezirksvertreter Besser (Fraktion Die Linke) bittet darum, die für das Grundstück individuell entwickelten Kriterien zur Kenntnis zu erhalten. Des Weiteren fragt er nach, wie viele Wohnungen auf dem vorliegenden Grundstück entstehen sollen.

Die vorgesehene Aufteilung 30 % geförderten Wohnraum, 30 % Wohnraum für Geflüchtete Menschen und 40 % frei finanzierten Wohnungsbau könne seiner Erinnerung nach standortbezogen variieren. Er bittet um Mitteilung, wie dies hier vorgesehen sei.

Frau Jürgens führt aus, dass die Quotierung eine stadtweite Maßgabe sei, die für jedes Grundstück geprüft werden müsse. Vorbehaltlich weiterer verwaltungsinterner Abstimmungen gehe sie derzeit von 40 Wohneinheiten aus.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) merkt an, dass das Grundstück direkt neben einer Familien- und Jugendeinrichtung liege und eventuell als Grünfläche benötigt werde. Es gebe ein weiteres Grundstück in der Nähe.

Frau Jürgens teilt mit, dass auch dieses Grundstück für Wohnungsbau vorgesehen sei.

Bezirksvertreter Dr. Fischer (CDU-Fraktion) fragt nach, ob es bereits Grundstücke gebe, die nach diesem Konzeptvergabe verkauft wurden und welchen Zeitraum die Verwaltung einplane.

Herr Heimbach führt aus, dass im Stadtbezirk Rodenkirchen eine Konzeptvergabe stattgefunden habe. Die Verwaltung sei bemüht, die Verfahren schnellstmöglich durchzuführen.

Folgende Anregung formuliert die Bezirksvertretung an die Verwaltung:

Die BV- Ehrenfeld begrüßt den Ansatz der Konzeptvergabe für das städtische Grundstück Ossendorfer Weg auf Basis des StEK Wohnen.

Die BV Ehrenfeld beschließt, dass sie über die Kriterien zur Konzeptvergabe im allgemeinen sowie das Grundstück Ossendorfer Weg informiert wird. Im konkreten Fall möchte sie auf die Kriterien und deren Gewichtung Einfluss nehmen.

Neben den ästhetischen Gesichtspunkten liegt es der BV-Ehrenfeld nämlich besonders am Herzen, dass die Integration des Neubauvorhabens in das bestehende soziale Umfeld gelingt und dieses nach Möglichkeit stabilisiert und ggf. sogar aufwertet. Daher sollen Bewerbungen von Genossenschaften und/oder Baugruppen gegenüber anderen Mitbewerbern priorisiert und dementsprechend gewichtet werden. Das zu bebauende Grundstück am Ossendorfer Weg befindet sich inmitten eines der elf Kölner Sozialräume, insofern ist eine genaue Kenntnis des sozialen Umfeldes und der handelnden Akteure von besonderer Bedeutung. Für den Fall, dass es eine Auswahlkommission für die Vergabeentscheidung geben wird, benennt die BV-Ehrenfeld Herrn Udo Hanselmann und Herrn Ralf Klemm als dessen Vertreter.

**12.4 Integriertes Stadtentwicklungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsveranstaltung für den Sozialraum Bickendorf,
Westend und Ossendorf
3823/2017**

Kenntnis genommen.

**12.5 Bürgerhaushalt 2016 - weiteres Vorgehen bei der Umsetzung der Vorschläge
3745/2017**

Kenntnis genommen.

**12.6 Venloer Straße autofrei
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen in der Sitzung der Bezirks-
vertretung Ehrenfeld am 10.07.2017, TOP 7.3
3625/2017**

Kenntnis genommen.

**12.7 Nachfrage zu Vorlage Nr. 2590/2017
Wohnbauvorhaben in Verbindung mit § 34 BauGB in den Stadtbezirken 1 - 9
3798/2017**

Kenntnis genommen.

**12.8 Hundefreilaufflächen in Vogelsang
An/1672/2017 - Beschluss in der Sitzung am 04.12.2017
3983/2017**

Kenntnis genommen.

**12.9 Straßen- und Radwegerhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet (Ehren-
feld) ab dem Jahr 2017 ff
hier: Mündliche Anfragen aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld
vom 11.09.2017, TOP 9.2
3958/2017**

Kenntnis genommen.

**12.10 Antrag der Fraktion DIE LINKE. in der Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld) aus der
Sitzung am 09.10.2017 betreffend die Aufhebung eines Bebauungsplanes im
Inneren Grüngürtel:
"8.4 Planunterlagen den stadtgesehellschaftlichen Erfordernissen anpassen;
AN/1144/2017"
4007/2017**

Kenntnis genommen.

Die Bezirksvertretung bemängelt die Vorlage des Sachverhaltes als Mitteilung. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss vom 09.10.2017 dem Stadtentwicklungsausschuss vorzulegen.

**12.11 Mitteilung zur Stellungnahme des Ausschusses Umwelt und Grün zu "Punkt 3 - Möglichkeit Wasserspielplatz" und zu "Punkt 9.7 Grünfläche Butzweiler Hof" in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 09.10.2017
0116/2018**

Kenntnis genommen.

**12.12 Umsetzung der Mindeststandards zu „Standortübergreifende Unterstützung der Ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit“
0179/2018**

Kenntnis genommen.

Bezirksvertreter Besser (Fraktion Die Linke) fragt nach, aus welchen Gründen sich der Stadtbezirk Ehrenfeld die Stelle mit dem Stadtbezirk Lindenthal teilen müsse, während anderen Bezirke eine eigene Stelle haben. Er sieht hier eine Benachteiligung.

Frau Scheunemann teilt mit, dass ein weiterer Stellenanteil aus Landesmitteln finanziert werde.

**12.13 Einhaltung von Tempo 30 auf dem Goldfasanenweg in Köln-Vogelsang hier: mündliche Nachfrage von Herrn Klemm in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 04.12.2017, TOP 12.7
0060/2018**

Kenntnis genommen.

**12.14 Ad hoc-Programm Außengastronomie auf Stellplätzen: hier: mündliche Nachfrage von Herrn Petri (Fraktion Die Linke) in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 10.07.2017, TOP 12.1
0078/2018**

Kenntnis genommen.

**12.15 REWE-Markt Venloer Str. 310 - Aktueller Sachstand
0213/2018**

Kenntnis genommen.

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, wann die Verwaltung den Beschluss der BV 4 zur Sperrung der Philippsstraße für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen umsetze.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.

**12.16 Wiedereinführung des G9-Bildungsgangs an Gymnasien - Informationen zum geplanten Schulrechtsänderungsgesetz und zur Umsetzung in Köln
0014/2018**

Kenntnis genommen.

13 mündliche Anfragen

gez.
Wirges
Bezirksbürgermeister

gez.
Schmitz
Schriftführer